

der Heerführer und Staatsmänner. Der Verf. weiß sehr gut, daß diese Literatur in beträchtlichem Umfange apologetischen Charakter besitzt. Er ist deshalb in seinem Urteile mit Recht vorsichtig, trifft aber, wie ich glaube, dort, wo er sich entscheidet, meist das Richtige.

Den Inhalt der Schrift ausführlich zu schildern, fehlt der Raum. Hervorzuheben ist folgendes: Der Verf. stellt plastisch dar, wie der aus dem alten Quartiermeisterstabe herausgewachsene Generalstab durch Scharnhorst und Boyen äußerlich in das Kriegsministerium eingefügt wird, wie er sich dann seit 1821 und 1825 allmählich emanzipiert, wie er endlich die lange Zeit schon tatsächlich erlangte Immediatstellung durch die — bisher unbekannte — Order vom 24. Mai 1883 empfängt (S. 1—32). Die Betrachtung dieser, mit der Verantwortlichkeit des Kriegsministers scheinbar unverträglichen Stellung führt den Verf. an die alte staatsrechtliche Kontroverse heran, die sich über das Verhältnis von „Kommandogewalt“ und „Regierungsgewalt“ in Preußen entsponnen hatte (S. 33—39). Der Verf. nimmt zu ihr nicht ausdrücklich Stellung; er schreibt als Historiker, nicht als Jurist, und er will die staatsrechtlichen Unklarheiten nicht beseitigen, sondern ihre Existenz als historisch wichtige Tatsache buchen. Immerhin scheint er sich doch innerlich für die in dem Buche von Marschall von Bieberstein, Verantwortlichkeit und Gegenzeichnung usw. (1911) vertretene Auffassung entschieden zu haben. Dazu wäre manches zu sagen (s. meine Reichsaufsicht S. 566), wenn die Frage nicht in der Tat heute bloß geschichtliche Bedeutung besäße. Größeres Interesse beansprucht die Darlegung, wie sich der preußische Generalstab zu einer Reichseinrichtung entwickelt, und wie sich das staatsrechtliche Verhältnis zwischen der im Generalstabe gipfelnden Heeresleitung und der in der Hand des Reichskanzlers liegenden politischen Leitung vor und unter Kaiser Wilhelm II., schließlich in der Zeit des Weltkrieges gestaltet hat, dessen unglücklicher Verlauf jedenfalls zum Teil mit einer ungenügenden Lösung jenes organisatorischen Problems zusammenhing (S. 39—69). Obwohl diese Auseinandersetzungen an einigen Stellen der Klarheit ermangeln (so z. B. S. 43 in bezug auf die Bedeutung der bayerischen Reserverate), gelegentlich auch wohl quellenmäßig nicht genügend fundiert sind (vgl. die Behandlung der deutsch-russischen Konvention von 1873 auf S. 54), so werden doch gerade sie bei Historikern wie Juristen unzweifelhaft Beachtung finden.

Berlin.

Heinrich Triepel.

Edwin Mayer-Homburg †, Beweis und Wahrscheinlichkeit nach älterem deutschen Recht. Marburg 1921, N. G. Elwertsche-Verlagsbuchhandlung. VIII u. 304 S. 8°.

Die vorliegende Schrift beschäftigt sich mit der Frage der Beweis-zuteilung, will also feststellen, aus welchem Grunde im germanischen Prozeß bald die eine, bald die andere Partei und gerade sie zum Be-

weise kam. Sie gelangt zu dem Ergebnis, daß das germanische Recht der Partei den Beweis zuerkannt hat, „deren persönliche Eigenschaften, insbesondere deren Wissen um die Streittatsache oder größere Glaubwürdigkeit die stärkere Gewähr, Wahrscheinlichkeit für das Gelingen des Beweises bieten, bzw. deren Behauptung überhaupt die größere Wahrscheinlichkeit für sich hat“ (S. 13).

Verfasser beginnt mit einem einleitenden Kapitel, in dem er die bisher über sein Thema vertretenen Meinungen zusammenstellt, um dann im 2. Kapitel die „Unhaltbarkeit der herrschenden Lehre“ darzutun. Zu diesem Zweck wendet er sich mit prinzipiellen Gründen gegen die Anschauung, daß der Beweis ein Vorteil und ein Vorrecht des Beklagten sei, eine Auffassung, die seiner Meinung nach nur aus einer vorschnellen Verwertung des spätmittelalterlichen, insbesondere sächsischen Rechts entspringt. Vor allem kommt es ihm hierbei auf den Nachweis an, daß der Beweis im germanischen Prozeß infolge der Art der Beweismittel überhaupt kein Vorteil war. Da dies aber vom Parteieid nicht ohne weiteres gesagt werden kann, so legt er das Hauptgewicht auf die Ordalien, denen er gleichzeitig ein sehr großes Verbreitungsgebiet zuweist. Aber auch den Parteieid sieht Verfasser nicht als schlechthin vorteilhaft an. Abgesehen davon, daß er ihn von Haus aus überhaupt für ein Ordal hält, sieht er in dem Formalismus der Eidesleistung eine ganz besonders große Schwierigkeit dieses Beweismittels.

Nachdem Verfasser so versucht hat, die herrschende Meinung als innerlich ungerechtfertigt zu erklären, geht er in den folgenden Kapiteln dazu über, die Gründe zu erörtern, die seiner Ansicht zufolge für die Zuteilung des Beweises maßgebend waren. Als deren ersten behandelt er in Kapitel 3 „das Wissen der Partei“, im einzelnen das Nichtwissen des Klägers, das Wissen des Beklagten und den Einfluß der Glaubwürdigkeit. Die Ausführungen über den ersten Punkt gehen von dem Grundsatz aus, daß der Kläger grundsätzlich nicht auf „Wissen“, sondern auf „Verdacht“ klagt. Eine Ausnahme läßt Verfasser gelten für den Fall der handhaften Tat, ferner für „eigene psychische Zustände und Vorgänge“, die sich „in der Person des Klägers selbst abgespielt haben“, für eine „eigene Handlung“ des Klägers, für „den tatsächlichen Zustand seines eigenen Vermögens“, überhaupt für den Beweis „über die Realität von Tatsachen, die sich in seiner eigenen Rechts- und Vermögenssphäre abgespielt haben“, endlich für ein dem Kläger „zustehendes Recht dinglicher oder persönlicher Art“. Im Gegensatz nun zum Kläger hat der Beklagte „regelmäßig die volle, zweifelsfreie Wissenschaft um die Tat, um das Versprechen, um Schuld oder Schuldlosigkeit“, daher kann er den Beweis „nicht wegen Nichtwissens oder Zweifels ablehnen“. Aber auch hier gibt es Ausnahmen. So vor allem bei der Klage nach toter Hand.

Das 4. Kapitel beschäftigt sich mit der „Gewere als Beweis-zuteilungsgrund“. In der Gewere erblickt Verfasser den Grund einer „für den Inhaber sprechenden Rechtsvermutung, die für die Beweis-

zuteilung bei Klagen um Gut maßgebend ist“. In dem „öffentlichen, titulierten Halten“ sieht er den Beleg für die Gutgläubigkeit des Gewereinhabers; außerdem spielt auch das Wissen der Partei ein, insofern dem Inhaber der Sache „bekannt sein muß, wie sie“ in seine Gewere „hineingekommen ist“. Aus diesem Wissen ergibt sich auch hier die Beweisspflicht des Beklagten.

Den im 5. Kapitel erörterten „Einfluß des stärkeren Beweismittels“ bespricht Verfasser nur an dem Beispiel des Urkundenbeweises. Hierbei kommt es ihm darauf an, an einzelnen Prozessen, meist des italienischen Gebietes, zu zeigen, daß die Tatsache der Urkundenproduktion für die Beweiszuweisung entscheidend war, auch dann, wenn die vorgelegte Urkunde über den Streitpunkt Relevantes nicht enthielt.

Kapitel 6 ist dem „Zwischen- und Teilbeweis“ gewidmet. Verfasser nimmt an, daß der über eine Teilfrage oder eine Vorfrage geführte Beweis zugunsten des Beweisführers im weiteren Verfahren wirke, den Beweis des Gegners erschwere, die Beweisrolle wechsele, ja sogar jedes weitere Beweisverfahren überflüssig machen könne. Zuweilen genüge der Nachweis des „objektiven Faktums der Tat“, so, wenn der Kläger durch Vorweisung der ihm zugefügten Wunde zum Beweise gelange. Vereinzelt reiche dieser Nachweis sogar zur Überführung des Täters aus. In diesem Zusammenhang wird dann auch des Einflusses der Bescholtenheit gedacht, des Verfahrens gegen die schädlichen Leute, der bei bloßem Teilbeweis eintretenden Verdachtsstrafe.

Wie der Teilbeweis zugunsten des Beweisführers, so wirkt (Kapitel 7) die Nichtführung des „nach Ansicht des Gesetzes oder Gerichtes möglichen Beweises mit den möglichen Beweismitteln“, die Verschweigung im Beweise, gegen den, der den Beweis hätte führen sollen. Nach einigen Ausführungen über die Wirkung der Nichterhebung oder verspäteten Erhebung einer Klage für Klagerecht oder Beweis, geht Verfasser über zum „verspäteten Angebot bzw. Vorbringen eines Beweismittels“, um dann die Folge der Nichtführung des Beweises durch den hierzu Verpflichteten zu erörtern. Diese ist bald sofortige Sachfälligkeit, bald aber eine „Verschiebung des Beweises auf die Gegenpartei“.

Im Zusammenhang mit der Beweisverschweigung geht endlich der Verfasser im 8. Kapitel der Frage der Einschränkung des Zeugenbeweises im deutschen Prozeß nach. Die Ablehnung von Erfahrungsgzeugen im Kriminalprozeß erklärt sich ihm daraus, daß solche Zeugen als Schreimannen auftreten mußten, andere aber von vornherein den Verdacht weckten, ihre Pflicht der Festnahme nicht erfüllt zu haben, also „an sich unglaubwürdig“ waren. Ergänzt wird diese Annahme durch die Behauptung, daß grundsätzlich bei allen Delikten ein Handhabungsverfahren möglich war. Andererseits sucht dann Verfasser zu zeigen, daß der Zeugenbeweis im Kriminalprozeß zuerst gerade da zulässig wurde, wo der Lage der Sache nach Schreimannen nicht in Frage kamen oder der Zeuge unbedingt glaubwürdig war.

Dies ist der wesentliche Inhalt des Buches, der durch ein reiches Quellenmaterial und die Erörterung zahlreicher Nebenfragen ergänzt und erweitert wird. Eine eingehende Besprechung würde in beidem den Verfasser überbieten müssen. Dazu fehlt hier der Raum. Ich muß also versuchen, wenigstens das Wichtigste von dem, was ich angesichts dieses Buches auf dem Herzen habe, kurz zusammenzufassen.

Den Beginn mache eine methodische Bemerkung. Der Verfasser hat sein Problem „nach älterem deutschen Recht“ behandeln wollen. Da wird ihm nun niemand einen Vorwurf machen, wenn er nicht alle Quellen des deutschen Mittelalters gleichmäßig berücksichtigt hat. Dies wäre selbst dann nicht am Platz, wenn das Buch nicht zum großen Teil während des Krieges und im Schützengraben entstanden wäre. Noch weniger kann man es dem Verfasser bei dieser Begrenzung des Themas zur Last legen, wenn er von den Skandinaven absieht. Aber in diesem Punkte ändert sich die Sachlage in dem Moment, in dem der Verfasser den Bereich des deutschen Rechts verläßt, und dies geschieht bei den Ausführungen über Ordal und Eid. Wer den Beweis antritt, daß die Beweisführung kein Vorteil sei und dies mit Berufung auf Ordal und ordalähnlichen Eid durchführen will, darf nicht die Frage „übergehen“ (54²⁸⁸), „ob die Gottesurteile germanischen Ursprungs sind und ob der Zweikampf von Haus aus Ordal war“. Denn er muß damit rechnen, daß die Beweisverteilung, wie sie die fränkische und die folgende Zeit kennt, aus einer Periode übernommen ist, in der es kein Ordal gab. Womit aber nur betont sein soll, daß Fragen der germanischen Rechtsgeschichte das gesamte germanische Quellenmaterial erfordern, und nicht gefordert sein soll, daß deutschrechtliche Arbeiten dieses gesamten Materials sich bedienen sollen. Ein weiteres Bedenken ist mir aufgestoßen bei der häufigen Verwendung italienischer Urkunden bis zum Ende des 12. Jahrhunderts. So wertvoll diese auch sein können, wie Brunner mit Recht betont hat, so ist doch der Einfluß fremden Rechts zu naheliegend, um außer acht gelassen werden zu können. Im vorliegenden Fall aber wird dieses Einflusses nicht gedacht und wird doch das 5. Kapitel fast nur auf solchen Urkunden aufgebaut. Endlich scheint mir Verfasser nicht dem Vorwurf zu entgehen, den er selbst der bisherigen Literatur macht, wenn er in oft starkem Maße (so z. B. 142 ff.) seine Beweise gerade dem spätmittelalterlichen Recht entnimmt.

Dies vorausgeschickt muß ich nun vor allem bekennen, daß ich mit der These des Verfassers von der entscheidenden Bedeutung des Wahrscheinlichkeitsmomentes für die Beweisverteilung durchaus einverstanden bin. Nur ist sie nicht so neu, wie Verfasser es darstellt. Denn im wesentlichen habe ich sie schon in dieser Zeitschrift XXXVI 523 ausgesprochen, woran sich dadurch nichts ändert, daß Verfasser diese meine Sätze als „eine gelegentliche kurze Bemerkung“ charakterisiert. Allerdings, in einem Punkte weiche ich vom Verfasser ab. Denn meines Erachtens entscheidet die größere Wahrscheinlichkeit des Parteivorbringens für die Beweisverteilung aus psychologischen Gründen.

Es liegt eben dem menschlichen Empfinden am nächsten, denjenigen beweisen zu lassen, für dessen Behauptungen der Schein der Richtigkeit am größten ist. Verfasser dagegen erstreckt den Gedanken der Wahrscheinlichkeit noch weiter. Er meint, es käme die Partei zum Beweise, deren Beweis am wahrscheinlichsten den Zweck erfülle, „die Wahrheit an den Tag zu bringen“. Damit scheint mir dem älteren Recht eine Erwägung zugelegt zu sein, die seiner Zeit nicht gemäß ist. Vor allem habe ich den Eindruck, daß der Verfasser durch dieses Moment in seine oben mitgeteilte These eine Disharmonie hineingetragen hat. Denn die Wahrscheinlichkeit der Behauptung muß durchaus nicht dem zur Seite stehen, der der Wahrscheinlichkeit nach die Wahrheit wird beweisen können. In der Tat richtet sich auch die ganze Beweisführung des Verfassers im wesentlichen auf den meines Erachtens richtigen zweiten Teil seiner These und nicht auf den, den er voranstellt.

Wie den Gedanken der Wahrscheinlichkeit, so kann ich dem Verfasser auch seine Beweisführung im allgemeinen als richtig zustehen. Der größere Grad der Wahrscheinlichkeit kann der Partei auf Grund ihres eigenen Wissens, auf Grund der Gewere, des stärkeren Beweismittels, eines geführten Teilbeweises zukommen; ihre Behauptung kann durch Verzögerung des Beweises an Wahrscheinlichkeit verlieren. Nicht dagegen kann ich mit dem Verfasser in allen Einzelheiten einig gehen, und aus ihnen möchte ich daher einzelne Punkte herausgreifen.

S. 37 ff. prüft Verfasser, wie erwähnt, die herrschende Lehre vom Vorteil des Beweises an den „Beweismitteln“ der älteren Zeit, an Eid, Ordal, Folter und Kampf. Hier ist nun vor allem der Zeugenbeweis zu vermissen; denn daß er beim Beweise von Rechtsgeschäften und prozessualen Handlungen möglich war, ist doch kaum zu bestreiten, wird jedenfalls auch vom Verfasser nicht bestritten. Zuzugeben ist dann allerdings dem Verfasser, daß das Recht, ein Gottesurteil zu bestehen, keinen Vorteil bedeuten konnte, wenigstens nicht bei den einseitigen Ordalen; und auch bezüglich des Zweikampfes hat der Beweisführer grundsätzlich nicht besser gestanden als sein Gegner. Aber von grundlegender Bedeutung wäre dies doch nur dann, wenn das Gottesurteil im germanischen Prozeß ein weites Anwendungsgebiet gehabt hätte. Daß dem so war, vermögen aber die Ausführungen des Verfassers nicht zu beweisen. Die bringen nichts als die im wesentlichen allbekannten Stellen über Ordal und Zweikampf aus fränkischen Quellen. Damit aber ist nichts anzufangen. Verfasser hätte die prozessuale Funktion des Ordals in diesen einzelnen Stellen prüfen müssen, die Modalitäten seiner Verwendung. Dann hätte sich gezeigt, wie uneinheitlich das Bild des Ordals in den fränkischen Quellen ist, wie sehr es an einem einheitlichen Gesichtspunkt für seinen Gebrauch fehlt. Von da aus wären ihm dann wohl Bedenken gekommen hinsichtlich der zentralen Stellung, die er dem Gottesurteil einräumen will. Dabei sehe ich ganz ab von der Frage, ob der Zweikampf von

Hause aus Ordal war und ob, wenn dies nicht der Fall, die Beweiszuteilungsgrundsätze nicht in eine Zeit reichen, in der er es nicht war; dagegen sei noch dem Zweifel Raum verstattet, ob die Folter mit Recht hier einbezogen wird. Denn sie ist als Beweismittel gegen Freie erst in der fränkischen Zeit aufgekomen.

Die oben berührte Außerachtlassung der germanischen Verhältnisse fehlt aber nun da, wo der Verfasser S. 60 ff. den Vorteilscharakter des Parteieides prüft. Denn hier geht er nicht vom christlichen Eid der fränkischen Zeit aus, sondern vom heidnischen der vorfränkischen Periode. Er legt den größten Wert auf den Ordalcharakter des Eides, die ihn beherrschenden „Furcht-Vorstellungen und -Empfindungen“. Allerdings scheint ihm der Eid „ohne Zuhilfenahme, ja ohne Zugrundelegung des Furchtmotivs . . . auch in historischer . . . Zeit nicht verständlich“, und so wird ihm auch für die fränkische Zeit der Eid zu einem schweren Beweismittel. Gesteigert erscheint ihm sodann die Schwierigkeit des Eides durch seinen äußeren Formalismus. Aber zu jenem stimmt doch schlecht, daß, wie auch aus den Erörterungen des Verfassers sich ergibt, der Meineid in fränkischer Zeit sehr überhandnahm. Da kann doch das Furchtmotiv kaum mehr stark gewirkt haben. Und was den Formalismus anlangt, so war dieser nicht nur dem Eide, sondern dem ganzen Prozeß eigentümlich.

Doch mag dem sein, wie immer, auch wenn man zugibt, daß der Eid ein schwieriges Beweismittel war, so wird dadurch der vom Verfasser bekämpfte Satz vom Vorteil der zum Eide gelangenden Partei nicht umgestoßen. Denn es kommt, was Verfasser nicht genügend beachtet, für diese Frage nicht allein auf die Schwierigkeit des einzelnen Beweismittels an. Diese mag dem Schuldigen lästig gewesen sein. Aber für den Unschuldigen oder den, der sich nicht schuldig fühlte, war es immerhin ein Vorteil, nicht dem Beweise eines vielleicht skrupellosen Gegners ausgesetzt zu sein, zumal er selbst kein Bedenken tragen konnte, die von ihm selbst angenommene Unschuld auch mit einem schweren Beweismittel zu verteidigen.

Nicht überzeugend scheinen mir manche einzelne Belege, die Verfasser für seine Thesen vorbringt. So soll (S. 115) die klagende Mutter „als die Bestwissende“ die lebende Geburt ihres Kindes beweisen. Richtig ist, daß sie nach den angeführten Quellen Beweisführerin ist. Aber schon Ssp. I 30 zeigt, daß dies nicht mit ihrem Wissen zusammenhängt; denn der Beweis wird, wie auch in anderen germanischen Rechten, mit Zeugen geführt, und die sind es, die am besten um die Lebendigkeit des Kindes wissen. Ähnlich dann, wenn der mündig Gewordene sein Alter gegenüber dem Vormund beweist. Hier ist wohl auch das Kind Beweisführer, aber wiederum nicht deshalb, weil es sein Alter am besten kennt. Die bessere Kenntnis vermutet das Mittelalter vielmehr bei anderen Personen. Nach Magdeb. Fr. I 9, 2 wird auf der Mutter Zeugnis abgestellt, nach der Weichbildglosse XXVI (Daniels 312²⁵) auf das von Verwandten beider Hälften und den Paten.

S. 128 ff. sucht Verfasser die Besonderheit des klägerischen Beweises bei Einklagung von Dienstlohn, Garkost, Miet- und Erbpachtzins durch die Erwägung zu erklären, daß in diesen Fällen die Obligation nicht nur dem flüchtigen Wort des Schuldners entspringt, sondern der dauernde, wahrnehmbare und deshalb bezeugbare Zustand des Schuldverhältnisses in den Vordergrund trete. Darin steckt ein richtiger Gedanke. Aber die ganze Erwägung hat nichts mit dem besseren Wissen zu tun, mit dem sie Verfasser in Zusammenhang bringt. Vielmehr ist es der Vorzug des klägerischen Überführungszeugen vor dem Parteieid des Beklagten, der hier, vom allgemeinen Standpunkt des Verfassers aus gesehen, in Frage steht.

S. 149 ff. bespricht Verfasser die Beweispflicht. Dabei kommt es ihm allerdings, wie er selbst betont, nicht darauf an, eine Beweispflicht theoretisch exakt nachzuweisen, „sondern nur auf die Erklärung der unzweifelhaft feststehenden Tatsache, . . . daß Beweisfähigkeit für den Beklagten auch Sachfälligkeit bedeutet“. Er findet diese Erklärung in dem besseren Wissen des Beklagten. Da er wisse, müsse er schwören und könne aus der Unterlassung des Schwurs „eine zwingende Präsumtion für seine Schuld“ entstehen, „die den Prozeß entscheiden muß“. Um dies zu beweisen, legt er mit Recht Gewicht auf die Fälle, in denen der Kläger zum Beweise kommt, weil eben „dem Beklagten ausnahmsweise die Beweistatsache nicht oder weniger gut bekannt sein muß, als dem Kläger“. Aber nicht alle seine Belege passen. Wenn z. B. nach R. Idr. 43, 5 der Kläger mit dem Richter und sechs Zeugen beweist, daß der sich auf Torheit berufende Beklagte nicht so geisteskrank sei, so hat dies mit dem besseren Wissen des Klägers nichts zu tun. Im Wissen stehen sich hier Kläger und Beklagte gleich. Ebenso ist es bei dem aus dem Stendaler Urteilsbuch III 6 angeführten Fall. Ob der Beklagte ehelich geboren ist, weiß der Kläger im Zweifel nicht besser als dieser, auch wenn dieser selbst seiner Sache nicht sicher ist. Im übrigen scheint mir dieser Fall eher gegen den Verfasser als für ihn zu sprechen; denn obwohl der Beklagte sein Nichtwissen zugibt, kommt er zum Beweise seiner Meinung und schlägt damit den Kläger aus dem Felde.

Auch in dem Abschnitt über die Bedeutung der Glaubwürdigkeit (S. 164 ff.) finden sich solche fraglichen Belege. So hat die Bevorzugung des Abendmahlsgängers im angelsächsischen Recht mit der Beweiszuteilung nichts zu tun; sie ist nur eine Erleichterung des Beweises. Das gleiche gilt vom Einfluß des Standes auf die Eidhelferzahlen. Vollends sollten die Fälle, in denen Juden und Christen, Staatsangehörige und Staatsfremde sich gegenüberstehen, hier ausscheiden; die Regel für die Beweiszuteilung kann nur im Prozeß zwischen Volksgenossen klar werden.

Solcher Beispiele könnten noch manche gebracht werden. Ich muß aus Raumgründen darauf verzichten, sie zu vermehren, und kann darauf verzichten, da sie meines Erachtens der Richtigkeit der Thesen des Verfassers angesichts der immerhin zahlreichen, zutreffenden Bei-

spiele keinen Eintrag tun. Ich konnte sie aber auch nicht völlig übergehen, weil sich in ihnen ein Fehler des Buches äußert, der nicht verschwiegen werden kann. Der Verfasser hat den Versuch gemacht, die von ihm aufgestellten Sätze als allein maßgebend hinzustellen und hat den, namentlich in späterer Zeit aus den verschiedensten Gründen eingetretenen Modifikationen zu wenig Raum gegönnt. Infolgedessen sah er sich genötigt, auch außerhalb der Regel stehende Fälle unter die Regel zu pressen, und war bestrebt, allerorts nur Beweise für die von ihm aufgestellten Sätze zu finden. Außerdem scheint mir aus dem Buche wie aus der eingangs mitgeteilten Formulierung des Ergebnisses hervorzugehen, daß dem Verfasser zunächst überhaupt nur das Wissen der Parteien ausschlaggebend war. Infolgedessen hat er unter diesem Stichwort Fälle eingereiht, die unter einem anderen besser Platz gefunden hätten. Vielleicht hätte eine nochmalige Überarbeitung des Buches diese Mängel behoben.

Die gemachten Ausstellungen sollen jedoch an dem Gesamturteil nichts ändern, daß wir es in diesem Buche mit einer sehr tüchtigen Leistung zu tun haben, die das Bedauern über den frühen Tod des Verfassers besonders groß gestaltet.

Freiburg i. B.

v. Schwerin.

Hermann Aubin, Die Entstehung der Landeshoheit nach niederrheinischen Quellen. Studien über Grafschaft, Immunität und Vogtei. Historische Studien, hsg. von Dr. E. Ebering, Heft 143. Berlin, E. Ebering 1920. XVI u. 448 S. 8°.

I. Die Kurkölnener Reihe der von der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde herausgegebenen rheinischen Weistümer hat in diesem Werke ihres Bearbeiters die erste schöne Frucht getragen. Der eigenartige Inhalt dieser Weistümer gab gerade für die Untersuchung Aubins eine günstige Grundlage: denn in verfassungsgeschichtlichen Fragen sind sie ziemlich ertragreich, während prozeß- und strafrechtliche, vor allem aber privatrechtliche Sätze selten sind. Freilich befassen die Untersuchungen Aubins sich mit einem wesentlich weiteren Gebiet als dem der von ihm herausgegebenen Weistümer der Ämter Hülchrath und Brühl. Aber mit dieser Ausdehnung verfolgte der Verf., wie er berichtet, den Zweck, „an einem größeren Quellenkreis die Beobachtungen nachzuprüfen, welche sich mir aus dem besonderen Material des einen und später zweier Ämter des einen Territoriums aufgedrängt hatten“. So erstreckte er seine Forschungen auf die vier benachbarten linksrheinischen Gaue: Köln-, Bonn-, Zülpich- und Jülichgau, deren zusammenfassende Betrachtung sich dadurch empfahl, daß sie die Grundlage zweier bedeutsamer Territorien, Kurkölns und Jülichs abgegeben haben. Aber auch darüber hinaus hat der Verf. nach der Gestaltung seiner Forschungen es nicht vermeiden können, niederrheinische Quellen noch entlegenerer Gebiete heranzuziehen;